



HESSISCHER LANDTAG

05. 04. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Hessen ist Zufluchtsort für Menschen aus der Ukraine – mittel- und langfristige Perspektiven für Beschäftigung in den Blick nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie die Eingliederung in den Arbeitsmarkt landespolitisch bestmöglich strukturiert werden kann. Ziel muss eine möglichst unbürokratische und beschleunigte Anerkennung beruflicher Abschlüsse sein. In diesem Konzept müssen auch die Rahmenbedingungen für ein Betreuungskonzept der geflüchteten Kinder berücksichtigt werden.
2. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, Möglichkeiten zur Durchführung berufsbegleitender Sprachkurse zu schaffen bzw. die deutsche Sprache bestenfalls im Betrieb zu erlernen. Zudem muss ein mehrsprachiger (und in leichter Sprache verfasster) Ausbau arbeitsmarktbezogener Informationsmedien inklusive relevanter Informationen zum Arbeitsrecht erfolgen.
3. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, für eine Ausweitung der Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit Sorge zu tragen. Hierzu zählen auch spezifische Programme und Aktivitäten zur Arbeitsförderung, Qualifizierung und Beschäftigung insbesondere von Frauen.

Begründung:

Im Zuge des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs auf die Ukraine durch Russland sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 10,5 Mio. entweder innerhalb des Landes vertrieben oder als Flüchtlinge ins Ausland geflohen. Bereits jetzt werden auch in den hessischen Städten und Gemeinden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Menschen einen Zufluchtsort zu bieten. Zudem haben auf EU- und Bundesebene Planungen begonnen, Geflüchteten aus der Ukraine einen vorübergehenden Schutz in der EU für bis zu drei Jahren anzubieten, der unter anderem auch die Erteilung einer Arbeitserlaubnis vorsieht. Neben akuten Hilfsmaßnahmen erscheint es daher notwendig, flankierend zu den Überlegungen auf Bundesebene zügig Konzepte für mittel- und längerfristige Maßnahmen gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik auszuarbeiten. All jenen Menschen, die aus der Ukraine nach Hessen kommen, muss es – sofern sie dies anstreben – möglichst schnell und unbürokratisch ermöglicht werden, beruflich Fuß zu fassen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die Integration in den Arbeitsmarkt von landespolitischer Seite unterstützt werden kann. Dabei gilt es, insbesondere die folgenden Aspekte zu berücksichtigen: Unbürokratische und beschleunigte Anerkennung beruflicher Abschlüsse, Ausbau von Sprachkursen – vor allem auch berufsbegleitend; Ausweitung der Ausbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit; Ausbau mehrsprachiger (und in leichter Sprache verfasster) arbeitsmarktbezogener Informationsmedien inklusive relevanter Informationen zu Arbeits- und Strafrecht; spezifische Programme und Aktivitäten zur Arbeitsförderung, Qualifizierung und Beschäftigung von Frauen.

Wiesbaden, 5. April 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph